

Sehr geehrter Herr Koob,

die Bilder aus Moria haben uns zutiefst bestürzt. Wir können es nicht fassen, dass es zu einer derartigen Katastrophe kommen musste. Schon lange haben etliche Organisationen, aber auch deutsche Politiker*innen auf die desaströsen Zustände in den Lagern auf den griechischen Inseln hingewiesen. Aber alle bislang ergriffenen Maßnahmen waren nicht mehr als ein winziger lauwarmer Tropfen auf einen glühend heißen Stein. Und nun hat dieser Stein Funken geschlagen und ein Inferno ausgelöst: Tausende von Menschen sind in einer noch elenderen Lage, als sie es ohnehin schon waren.

Die EU hat sich im Angesicht dieser Situation als völlig handlungsunfähig gezeigt. Die auch jetzt noch gebetsmühlenartig wiederholte Forderung nach einer europäischen Lösung ist daher absolut weltfremd, wenn nicht sogar zynisch. Allen ist längst klar: Es wird jetzt keine gesamteuropäische Lösung geben. Es muss unmittelbar gehandelt werden. Gerade Deutschland, das derzeit die Ratspräsidentschaft innehat, muss mutig vorgehen. Weitere Willige werden folgen.

Wir, Freiwillig Engagierte und hauptamtlich Aktive in der Arbeit mit Geflüchteten aus Ihrem Wahlkreis, fordern Sie daher eindringlich dazu auf, alles Mögliche in Ihrer Macht stehende zu unternehmen, damit die Bundesregierung, genauer gesagt der Bundesminister des Inneren, endlich die Blockadehaltung aufgibt und möglichst alle Menschen aus Moria nach Deutschland kommen können. Zumindest sollten die Kommunen und Bundesländer, die sich zu einer zusätzlichen freiwilligen Aufnahme bereit erklärt haben, Menschen aus Moria zu sich holen können. Es steht zu hoffen, dass dann weitere Städte, Kreise und Länder diesem Beispiel folgen.

Die in Art. 1 GG verankerte Verpflichtung des Staates, in seinem Handeln den Schutz und die Achtung der Menschenwürde zu garantieren, endet ebenso wenig an den Grenzen der Bundesrepublik, wie die Würde des Menschen dort endet. Vor genau fünf Jahren ist die Regierung in vorbildlicher Weise dieser Verpflichtung nachgekommen, indem Hunderttausende Menschen aufgenommen wurden. Die Verpflichtung gilt immer noch.

Deutschland hat es übrigens geschafft, die sich aus der Aufnahme so vieler Menschen ergebenden Herausforderungen zu bewältigen. Deutschland kann es auch ganz sicher schaffen, jetzt zeitnah 13.000 Menschen aufzunehmen.